

Machtwechsel in Frankreich? Die Präsidentschaftswahl 2012: Kandidaten, Themen, Alternativen

Baasner, Frank; Grillmayer, Dominik; Seidendorf, Stefan; Uterwedde, Henrik

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baasner, F., Grillmayer, D., Seidendorf, S., & Uterwedde, H. (2012). *Machtwechsel in Frankreich? Die Präsidentschaftswahl 2012: Kandidaten, Themen, Alternativen*. (Aktuelle Frankreich-Analysen, 26). Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut - dfi. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:boa-bsz4859334031>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Machtwechsel in Frankreich?

**Die Präsidentschaftswahl 2012: Kandidaten,
Themen, Alternativen**

Frank Baasner

Dominik Grillmayer

Stefan Seidendorf

Henrik Uterwedde

Die Kandidaten und ihr Programm

Die bestimmenden Themen des Wahlkampfs

Mögliche Folgen für das deutsch-französische
Verhältnis

Frank Baasner, Dominik Grillmayer, Stefan Seidendorf, Henrik Uterwedde*

Machtwechsel in Frankreich?

Die Präsidentschaftswahl 2012: Kandidaten, Themen, Alternativen

Einleitung

* Direktor (Prof. Dr. Frank Baasner),

wissenschaftliche Mitarbeiter (Dominik Grillmayer, Dr. Stefan Seidendorf)

und stellvertretender Direktor (Prof. Dr. Henrik Uterwedde) des dfi

Die französischen Wähler stehen vor einer schwerwiegenden Entscheidung. Auf den nächsten Präsidenten warten erhebliche Herausforderungen, wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Natur. Hohe Staatsverschuldung und Sparzwang, Wettbewerbsprobleme und Niedergang der Industrie, Arbeitslosigkeit und Prekarität: Dieser brisante Cocktail von Problemen hat zu einem ausgeprägten Pessimismus und einem schwindenden Vertrauen vieler Franzosen in die Gestaltungskraft der Politik geführt.

Ein Stück weit lässt sich die Lage Frankreichs mit der Deutschlands vor zehn Jahren vergleichen. Angesichts geringer Wachstumszahlen und einer hohen Arbeitslosigkeit sah sich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder seinerzeit gezwungen, durch weit reichende und für Teile der Bevölkerung schmerzhaft Sozialreformen einen Ausweg aus der über Jahre anhaltenden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise zu suchen. Nicht von ungefähr wird das deutsche Beispiel auch vielfach thematisiert; Nicolas Sarkozy hat den deutschen Reformweg gar als Vorbild und Modell für Frankreich bezeichnet und den Schulterchluss mit Angela Merkel gesucht – nicht ohne dafür heftige Kritik seitens der Opposition zu ernten.

Auf jeden Fall stehen die Kandidaten vor der schwierigen Aufgabe, wie sie den gordischen Knoten durchschlagen wollen, um Frankreich in einem neuen globalen Umfeld auf Kurs zu bringen. Verglichen mit der Situation Deutschlands nach der Wiederwahl Schröders im Jahr 2002 wird die notwendige Reformpolitik des nächsten Staatspräsidenten Frankreichs allerdings unter erschwerten Bedingungen erfolgen, und zwar im Kontext einer schwerwiegenden Währungskrise und unter verstärkter Beobachtung sowohl der internationalen Finanzkreise als auch der europäischen Partner. Dieser externe Druck könnte zwar einerseits Reformen erleichtern. Der Zwang zur Haushaltskonsolidierung schränkt den Handlungsspielraum der Politik gleichzeitig aber erheblich ein, weshalb wir aktuell im Präsidentschaftswahlkampf ein absolutes Novum erleben: Die aussichtsreichsten Kandidaten verzichten weitgehend auf kostspielige Versprechen und wetteifern um den geeigneten Weg zur Rückführung der Staatsverschuldung. Der Kampf um die Glaubwürdigkeit ist entbrannt. Der Wahlkampf steht im Zeichen der Rückgewinnung von Vertrauen.

Hintergrund: Präsidentschafts- und Parlamentswahl

Die Präsidentschaftswahl stellt die eigentlich entscheidende politische Weichenstellung in Frankreich dar. Denn der Präsident ist nicht nur oberster Repräsentant der Nation, sondern aufgrund seiner zahlreichen Befugnisse auch das eigentliche Machtzentrum des Landes.

Der Präsident wird seit 1965 direkt vom Volk durch eine allgemeine Mehrheitswahl in zwei Wahlgängen gewählt. Die Amtszeit beträgt seit 2002 fünf Jahre; eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Der erste Wahlgang findet nach dem absoluten Mehrheitswahlprinzip statt: Der Kandidat, der über 50 % der Stimmen auf sich vereinigen kann, ist gewählt. Dies ist bislang noch nie vorgekommen, so dass 14 Tage später eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten stattfindet. Wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, ist zum Präsidenten gewählt.

Eine Kandidatur steht prinzipiell jedem volljährigen französischen Staatsbürger offen. Einzige Voraussetzung ist das Vorlegen von 500 Unterschriften von Mandatsträgern aus mindestens 30 Départements. Zu diesen Mandatsträgern gehören unter anderem die Mitglieder des nationalen Parlaments oder der regionalen Versammlungen wie auch alle französischen Bürgermeister/innen.

Fünf Wochen nach der Präsidentschaftswahl (10. und 16. Juni 2012) findet auch die Wahl zur neuen Nationalversammlung statt. Die Parlamentsabgeordneten werden wie der Präsident auf fünf Jahre gewählt. Aus jedem der 577 Wahlkreise wird ein Abgeordneter bestimmt. Es finden zwei Wahlgänge statt: Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint und eine Stimmenzahl erreicht, die mindestens 25 % der Zahl der Wahlberechtigten entspricht. Gelingt dies keinem Kandidaten, so findet ein zweiter Wahlgang nach relativem Mehrheitswahlprinzip statt. Hier nimmt jeder teil, dessen Stimmenzahl mindestens 12,5 % der Wahlberechtigten entspricht. Das Mehrheitswahlrecht führt dazu, dass die kleineren Parteien, auch wenn sie 10 % oder mehr Stimmen erreichen, in der Nationalversammlung oft nicht vertreten sind.

Der neu gewählte, mit frischer Legitimation ausgestattete Präsident kann prinzipiell davon ausgehen, dass die Franzosen ihm auch eine entsprechende parlamentarische Mehrheit sichern, damit er seine politischen Vorstellungen wirkungsvoll umsetzen kann. Die drei Fälle, in denen der Präsident sich mit einem „gegnerischen“ Parlament arrangieren musste (Kohabitation: 1986–88; 1993–95; 1997–2002), sind wegen der Blockierung von Entscheidungen und der Vermischung der politischen Verantwortung in eher negativer Erinnerung geblieben, traten aber nie zu Beginn, sondern jeweils inmitten der Amtsperiode des Staatshaupts auf.

1. Die Kandidaten und ihr Programm

Der Amtsinhaber: Nicolas Sarkozy

Mit seiner offiziellen Ankündigung, sich erneut um das Amt des französischen Präsidenten zu bewerben, läutete Nicolas Sarkozy am 15. Februar dieses Jahres die heiße Phase des Wahlkampfes ein. Verglichen mit seinen Amtsvorgängern erfolgte die Erklärung des Staatsoberhauptes vergleichsweise früh. Denn Sarkozy muss einen Rückstand wettmachen: Seine Beliebtheitswerte verharren auf einem dramatisch niedrigem Niveau, und

in den Meinungsumfragen lag er Anfang März immer noch deutlich hinter seinem Herausforderer François Hollande. Tatsächlich ging der Staatshaupt weniger mit einem Amtsbonus ins Rennen als vielmehr mit der Hypothek einer durchwachsenen Bilanz seiner bisherigen Präsidentschaft.

Auf der Passivseite steht eine Politik, die den Anspruch an einen grundlegenden Wandel („rupture“) nur sehr unvollkommen einlösen konnte und sich durch eine Reihe halbherziger oder gar offen klientelistischer Maßnahmen und Rücksichtnahmen viele Sympathien verschert hat. Auch sein hyperaktiver, zuweilen mono-

¹ Vgl. Henrik Uterwedde: Sarkozys Wirtschafts- und Sozialreformen. Eine Zwischenbilanz, Aktuelle Frankreich-Analysen Nr.22, Januar 2009;

Frank Baasner: Reformpolitik unter Staatspräsident Sarkozy: ein Angriff auf republikanische Grundwerte? Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 23, Juli 2009.

maner Regierungsstil und seine Sprunghaftigkeit haben zum wachsenden Vertrauensverlust in den Präsidenten beigetragen. Schließlich sind die schlechten derzeitigen Wirtschafts- und Haushaltszahlen für ihn ein Negativposten. Die Verdopplung der Staatsschuld auf 1,2 Billionen Euro kann nur zu einem Bruchteil der internationalen Finanzkrise angelastet werden. Hauptursache ist die erhebliche Neuverschuldung des Landes, die sich in den ersten Jahren von Sarkozys Amtszeit unvermindert fortsetzte. Demgegenüber kann der Präsident auf reale, wenngleich umstrittene Reform- und Veränderungsansätze verweisen: Reform der Universitäten und der Rentenversicherung, Staats- und Verwaltungsreform (erstmalig seit 1945 ist die Zahl der Staatsbeamten um 150.000 Stellen gesunken), neue Impulse für Zukunftsaufgaben (Nationale Anleihe), usw.¹ Darüber hinaus hat er sich in der internationalen Finanzkrise 2008/09 und in der darauf folgenden Krise des Euroraums als aktiver, durchaus erfolgreicher Krisenmanager erwiesen: Dies gilt für die französische Ratspräsidentschaft 2008, in der Sarkozy entscheidende Impulse für eine aktive Rolle der EU gegeben hat, aber auch für die schwierige und oft (gerade zwischen Deutschland und Frankreich) äußerst umstrittene Suche nach Lösungen für Griechenland oder nach einer neuen, effizienteren Gouvernanz des Euroraums.

An diese Stärken anknüpfend ist Sarkozys Wahlkampf darauf ausgerichtet, sich als Reform- und Krisenmanager in Europa darzustellen und damit gegenüber seinem Herausforderer Hollande zu punkten, der über keinerlei Regierungserfahrung verfügt. Die anhaltende Krise der europäischen Währungsunion und die fieberhaften Aktivitäten zur Krisenbewältigung haben dem Präsidenten eine Bühne gegeben, um seine Fähigkeit zum politischen Leadership in Europa herauszustellen. Er tritt als verantwortungsvoller Kapitän in rauer See auf, der ohne Rücksicht auf Links-Rechts-Schemata als Präsident aller Franzosen das Land wieder auf die Erfolgsspur bringt – mit teils schmerzhaften, aber dringend erforderlichen Reformen. Sein Slogan „La France forte“ appelliert an die Suche nach nationaler Stärke und an notwendige Anstrengungen, um den Franzosen in weltweit turbulenten Zeiten Schutz bieten zu können. Dabei umwirbt Sarkozy – wie schon 2007 – mit gezielten Aussagen auch die Wähler des rechtsextremen Front National. In diesem Zusammenhang ist auch sein Vorstoß zu werten, verstärkt bestimmte Vorhaben per Volksbefragungen durchzusetzen und sich

dabei sowohl über den möglichen Widerstand von Interessengruppen als auch über die (seit 2011 mehrheitlich linke) zweite Kammer des Parlaments (Senat) hinwegzusetzen. Die von ihm genannten Themen (verschärfter Druck auf Arbeitslose, Qualifizierungsangebote wahrzunehmen; erleichterte Abschiebung von Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis) legen nahe, dass Sarkozy hier bewusst rechtspopulistische Themen ins Spiel bringt und dabei die Spaltung des Landes und eine Stigmatisierung von Teilen der Bevölkerung billigend in Kauf nimmt.

Der Herausforderer: François Hollande

Sarkozys schärfster Rivale, der Sozialist François Hollande, verdankt seine Kandidatur einer im Herbst 2011 organisierten, auch für Nichtmitglieder geöffneten Vorwahl, an der 1,5 Millionen Franzosen teilnahmen und die ein in der Öffentlichkeit viel beachtetes Novum darstellte. Er konnte sich gegen sechs Konkurrenten, darunter die Parteichefin Martine Aubry, durchsetzen. Der 57jährige ist ein Vollblutpolitiker, der zwar noch nie ein Ministeramt innehatte, dennoch aber über eine langjährige politische Erfahrung verfügt: als Berater von Präsident Mitterrand ab 1981, als Abgeordneter seit 1988 oder als Parteivorsitzender von 1997 bis 2008. Galt er lange als eher blasse Persönlichkeit ohne großes Charisma, hat er doch mit Beginn seines Wahlkampfes im Januar eindeutig an Statur gewonnen und behauptet seither einen deutlichen Vorsprung vor Sarkozy in den Meinungsumfragen.

Hollande steht für einen sozialdemokratischen Kurs, der notwendige Einsparungen und Strukturreformen mit dem Gerechtigkeitsthema verknüpft und dort eine Reihe entsprechender steuer- und beschäftigungspolitischer Initiativen angekündigt hat. Hier sucht er bewusst den Kontrast zu Sarkozy, dem er eine sozial- und verteilungspolitische Einseitigkeit vorwirft und die Verantwortung für die verschlechterte wirtschaftliche und soziale Lage zuweist. Auch sein ruhiger, abwägender, pragmatischer politischer Stil stellt eine Art Kontrastprogramm zum Aktivismus Sarkozys dar. Hollandes nicht einfache Aufgabe ist es, eine linke glaubwürdige Alternative zu bieten, mit der er die linke Wählerbasis (auch die links von der Sozialistischen Partei stehenden Anhänger Jean-Luc

² Vgl. Kim-Yvonne Köhler / Stefan Seidendorf / Nils Thieben: Neuer Kopf, alte Ideen? „Normalisierung“ des Front National unter Marine Le Pen, Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 25, Juni 2011.

³ Da auch bei den Parlamentswahlen die Mehrheitswahl mit zwei Wahlgängen gilt, haben Vertreter kleinerer Parteien kaum eine Chance, in die Assemblée Nationale einzuziehen, weil nur wenige die zweite Runde erreichen (siehe Kasten Seite 4).

Mélenchons) mobilisieren kann, und gleichzeitig mit Realismus und Pragmatismus die Wähler der Mitte (vor allem die Anhänger François Bayrous) für sich zu gewinnen.

Rechter Populismus: Marine Le Pen

Als Nachfolgerin an der Spitze des Front National schlägt Marine Le Pen sanftere Töne an als ihr Vater; rassistische und anti-semitische Parolen gehören nicht zu ihrem Vokabular. So ist es ihr teilweise gelungen, das Image des FN zu modernisieren. Ihr Ziel ist es offenkundig, die Partei längerfristig als „hoffähigen“ Bündnispartner der gemäßigten Rechten zu etablieren. Doch an der Radikalität der Vorschläge, gerade in den Kernthemen Einwanderung und innere Sicherheit, hat sich wenig geändert.² Die Kandidatin der extremen Rechten versucht sich als „nationales“ Bollwerk gegenüber fremden „Gefahren“ (Einwanderung, Globalisierung, Kriminalität, Euro) zu profilieren. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik vertritt sie ebenfalls kaum konsensfähige Thesen wie den Austritt Frankreichs aus dem Euro und einen verschärften Protektionismus. Alle diese Thesen stoßen durchaus auf einen gewissen Widerhall in Teilen der Bevölkerung, so populistisch und wenig durchdacht sie auch sein mögen. Entsprechend rangierte Marine le Pen Anfang März mit 15–18 % in den Umfrageergebnissen auf dem dritten Platz.

Kandidat der Mitte: François Bayrou

Der Zentrist François Bayrou, Vorsitzender des Mouvement Démocrate (MoDem), wendet sich vor allem gegen die durch das Mehrheitswahlsystem verstärkte Bipolarisierung des Landes, die für ihn zu einer sterilen Konfrontation zwischen der Linken und der Rechten führt. Aber weder 2002 (6,8 %, vierter Platz) noch 2007 (als er mit 19 % auf dem dritten Platz landete) ist es ihm gelungen, das „Kartell der zwei großen Lager“ (UMP und PS) aufzubrechen. Auch diesmal dürfte ihm das nicht glücken: er lag Anfang März in den Umfragen mit 12–13 % auf Platz 4.

Sein Wahlprogramm ist in der politischen Mitte angesiedelt und zielt auf die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch Stärkung der Produktion in allen Sektoren, auf die Verbesserung von Qualität, Ruf und

Effizienz des Bildungssystems sowie auf die Stärkung der Demokratie durch mehr Verantwortung für die Bürger, ein Verbot der Ämterhäufung und eine Wahlrechtsreform, mit der die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Parlament stärker abgebildet werden.³

Bayrou hat keine Chance auf den Einzug in die Stichwahl. Ihm fällt jedoch im Vorfeld der zweiten Runde insofern eine wichtige Rolle zu, als er durch eine Wahlempfehlung maßgeblichen Einfluss auf den Ausgang der Wahlen nehmen kann. Er wird daher versuchen, für eine solche Wahlempfehlung politische Konzessionen auszuhandeln (z.B. eine Wahlrechtsänderung). Bislang hält sich Bayrou aus nachvollziehbaren Gründen bedeckt, wen er im zweiten Wahlgang unterstützt – würde er damit doch seine Niederlage im ersten Wahlgang antizipieren. Trotz seiner Unterstützung für Ségolène Royal im Jahr 2007 scheint derzeit noch keineswegs ausgemacht, dass Bayrous Entscheidung auch diesmal zu Gunsten des sozialistischen Kandidaten ausfällt.

Die antikapitalistische Linke: Jean-Luc Mélenchon

Traditionell gibt es ein Wählerreservoir links von der Sozialistischen Partei, das früher von der Kommunistischen Partei, später vermehrt auch von trotzkistischen und linkssozialistischen Gruppierungen besetzt wurde. In diesem Jahr tritt Jean-Luc Mélenchon, bis 2008 Sozialist und auch kurzzeitig Minister, als Kandidat einer „Linksfront“ (Front de Gauche) an, in der sich unter anderem die von ihm nach dem deutschen Vorbild gegründete Linkspartei (Parti de Gauche) und die Kommunistische Partei zusammengefunden haben. Mélenchons Programm verkörpert klassische linke Themen, die in der öffentlichen Diskussion Frankreichs durchaus Widerhall finden: Kapitalismus- und Globalisierungskritik, Ablehnung des „Neoliberalismus“ in Frankreich und Europa, maximalistische Lohn- und sozialpolitische Forderungen usw.

Auch Mélenchon weiß, dass er nur die Chance hat, mit seinem Stimmenreservoir – Anfang März lag er in Umfragen bei 8–10 % der Stimmen – Druck auf François Hollande auszuüben, bestimmte Forderungen aufzunehmen oder zu berücksichtigen. Eine Regierungsbeteiligung wird von ihm derzeit nicht angestrebt.

⁴ Henrik Uterwedde: „Frankreich und die Finanzkrise: Interventionismus und Strukturreformen“, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 124, Juni 2010, S. 14–20.

Die grüne Kandidatin: Eva Joly

Die Untersuchungsrichterin (als solche ist sie einem breiteren Publikum bekannt geworden) Eva Joly ist die Kandidatin des 2010 entstandenen Sammelbündnisses Europe Ecologie – Les Verts. Sie hatte sich in parteiinternen Vorwahlen gegen den sehr populären ehemaligen Fernsehmoderator Nicolas Hulot durchgesetzt, ist aber – trotz der Ereignisse in Fukushima – mit ihrer Wahlkampagne nicht wirklich in Schwung gekommen. Mit prognostizierten 2–3 % der Stimmen kann sie die hohen Erwartungen, zumal nach dem guten Abschneiden der Grünen in den Europa- und Kommunalwah-

len, derzeit nicht erfüllen und spielt im Wahlkampf kaum eine Rolle. Dies liegt an einem gewissen Hang zum Maximalismus (so die Forderung nach einem vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft, die in Frankreich drei Viertel des Stromverbrauchs abdeckt) und den ausgrenzenden Mechanismen der politisch-journalistischen Pariser Welt gegenüber ihrer norwegischen Herkunft, aber auch daran, dass Umweltthemen in diesem Jahr von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen stark in den Hintergrund gedrängt worden sind. Verzweifelt versucht die grüne Kandidatin, sich inhaltlich von François Hollande abzusetzen – gleichzeitig hat ihre Partei aber ein Wahlbündnis mit den Sozialisten abgeschlossen, weil sie nur auf diesem Wege überhaupt eine Chance hat, im Parlament vertreten zu sein.

2. Die bestimmenden Themen des Wahlkampfes

Bezüglich der dominierenden Wahlkampfthemen ist eine klare Tendenz zu erkennen: Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik überlagert alle anderen Politikfelder. Besonders auffallend ist in diesem Kontext, dass die Europapolitik nicht den Platz einnimmt, der ihr in Zeiten der anhaltenden Eurokrise eigentlich zukommen müsste. Zwar haben die wichtigsten Kandidaten mitunter europapolitische Ideen entwickelt, doch in den Medien dominiert vor allem die Auseinandersetzung über die zukünftige Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands auf EU-Ebene. Ebenfalls in den Hintergrund gedrängt wurde die Frage der zukünftigen Ausrichtung der Energiepolitik. Und selbst die sonst im Wahlkampf so beliebten Themen Einwanderung und innere Sicherheit haben zunächst nicht die Bedeutung erlangt, die man gerade mit Blick auf den Kampf um Stimmen aus dem rechten Lager hätte erwarten können. Erst seit Anfang März ist zu beobachten, dass Nicolas Sarkozy verstärkt die populistische Karte spielt, nachdem es ihm in den Wochen zuvor nicht gelungen war, den Abstand zu François Hollande nennenswert zu verringern.

Wenngleich die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, mit denen der zukünftige Präsident Frankreichs konfrontiert sein wird, daher im Fokus der nun folgenden Betrachtungen stehen, so lohnt auch ein anschließender kurzer Blick auf die Nebenschauplätze der politischen Auseinandersetzung zwischen den Kandidaten. Denn gerade das Thema Energie dürfte

relativ schnell auf der Agenda des neuen Staatsoberhauptes landen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wie in den Nachbarländern haben sich im Herbst 2011 die wirtschaftliche Lage und die Aussichten für 2012 eingetrübt. Zwar war Frankreich besser durch die weltweite Krise 2008 gekommen und hatte diese ab Mitte 2009 langsam überwinden können, nicht zuletzt dank energischer politischer Impulse.⁴ Aber der Aufschwung war weniger kraftvoll als in Deutschland (wo sich die Wirtschaftszahlen nach dem gewaltigen Konjunktüreinbruch im Krisenjahr deutlich verbesserten): Nach zwei Jahren des Rückgangs stieg die Wirtschaftsleistung 2010 um magere 1,5 % und 2011 um 1,75 % und hat damit das Vorkrisenniveau immer noch nicht erreicht. Im Gegensatz zur deutschen Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt von 8,3 % (2007) auf 9,2 % (2011) weiter angestiegen; bis zur Jahresmitte 2012 soll sie 9,6 % erreichen. Deshalb wird unser Nachbarland von den verschlechterten Aussichten für 2012 besonders hart getroffen – auch weil die finanziellen Spielräume aufgrund der hohen öffentlichen Verschuldung gering sind.

Entsprechend depressiv ist die Stimmung in der Bevölkerung. Ende Februar erklärten 79 % der Franzosen (gegenüber nur 38 %

⁵ Meinungsumfrage des Ifop für La Croix (23.2.2012).

⁶ Vgl. Observatoire des inégalités: „La précarité en France“, 28.10.2008, www.inegalites.fr/spip.php?article957 (8.3.2012).

⁷ Christian Saint-Etienne: *L'incohérence française*, Paris: Grasset 2012, S.53.

⁸ So der Ökonom Yann Algan: „Un dysfonctionnement de notre organisation sociale“, in: La Croix, 23.2.2012, S. 3.

⁹ Der Plan sieht vor, dass jener Teil des Jahreseinkommens mit 75 % besteuert wird, der über einer Mio. Euro liegt.

¹⁰ Zu den Plänen vgl. Challenges.fr, 25.8.2011: „Comment le gouvernement compte réduire le déficit“, Natisis Special Report Nr. 147, 8.11.2011: „France: les grandes lignes du deuxième plan d'austérité“, S. 3.

¹¹ So Elie Cohen: „Présidentielle 2012: un débat économique doublement piégé“, in: Sciences Po/CEVIPOF, Elections 2012, les enjeux, Nr. 11, Dezember 2011, S. 1 (www.cevipof.com).

¹² Claire Guélaud: „La préférence française pour les hausses d'impôt“, Le Monde (24./25.2.2012), S. 8.

der Deutschen), ihr Land befinde sich noch „voll in der Krise“; 84 % (gegenüber nur 46 % in Deutschland) sehen sich selbst oder nahe stehende Angehörige persönlich von der Krise betroffen, nur 32 % (gegenüber 61 % in Deutschland) sehen ihr Land im weltweiten Wettbewerb gut aufgestellt.⁵

Soziale Malaise: Der Pessimismus der Franzosen wird durch eine soziale Krise genährt, die seit geraumer Zeit ihre Spuren hinterlassen hat: Eine Arbeitslosigkeit, die seit fast drei Jahrzehnten auf einem hohen Niveau verbleibt und auch in Wachstumsphasen nur vorübergehend gesenkt werden konnte; anhaltende Schwierigkeiten, junge Menschen in das Arbeitsleben einzugliedern; die Ausbreitung ungesicherter Arbeitsverhältnisse seit zwei Jahrzehnten (sie betreffen heute ca. 13 % der Erwerbstätigen⁶); die Malaise der Vorstädte, in denen sich soziale Probleme stark konzentrieren (4,4 Millionen Menschen, d.h. 7 % der Bevölkerung, leben in sensiblen Stadtvierteln, in denen die Armut dreimal und die Arbeitslosigkeit doppelt so stark verbreitet ist wie in anderen Ballungsgebieten). Dennoch sprechen manche Beobachter auch von einer „Überreaktion“ der Franzosen, denn andere Länder, darunter Deutschland, kennen vergleichbare soziale Probleme. Der Ökonom Christian Saint-Etienne verweist auf den Widerspruch, dass Frankreich die höchste Sozialleistungsquote in Europa aufweist (soziale Ausgaben machen 33 % des BIP aus gegenüber 25 % im EU-Durchschnitt) und trotzdem „den Weltrekord im sozialen Pessimismus“ halte; dass Frankreich eines der egalitärsten Länder und dennoch Gegenstand einer permanenten sozialen Kritik sei.⁷ Andere Experten sehen in Dysfunktionen und mangelndem Vertrauen zu den sozialen Beziehungen den Nährboden für den starken Pessimismus.⁸ Auf jeden Fall halten viele Franzosen die soziale Gerechtigkeit für beeinträchtigt.

Im Wahlkampf werden diese Probleme durch Forderungen nach verteilungs-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Maßnahmen aufgegriffen, wobei sich Amtsinhaber Sarkozy hier aufgrund seiner bisherigen Bilanz eher in der Defensive gegenüber seinem Herausforderer François Hollande befindet: Dieser hat eine Reihe programmatischer Forderungen mit dem Thema der sozialen Gerechtigkeit verbunden. Am meisten Aufmerksamkeit erregte dabei seine Ankündigung, Gehälter über 1 Million Euro mit einem Spitzensteuersatz von 75 % zu belegen.⁹ Mit diesem links-populistischen Vorstoß, der über Tage die

Berichterstattung dominierte, griff er eine in Frankreich weit verbreitete Kritik an vermeintlichen Auswüchsen bei Managergehältern auf. Gleichzeitig reagierte er aber auch auf Vorschläge Sarkozys, der kurz zuvor ein Verbot hoher Abfindungen und die Beteiligung von Aktionären bei der Festsetzung von Vorstandsgehältern in Aussicht gestellt hatte, um dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Franzosen Rechnung zu tragen.

Konsolidierung der öffentlichen Finanzen:

In den vergangenen Jahren ist die prekäre Lage der öffentlichen Finanzen immer offenkundiger geworden. Die Neuverschuldung ist infolge der Krise 2009 auf 7,5 % des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Frankreich hat sich gegenüber der EU verpflichtet, die Neuverschuldungsrate schrittweise bis 2013 auf 3 % zu senken. Dies erfordert aber einen erheblichen politischen Kraftakt. Denn die Defizite sind nicht nur konjunkturell oder krisenbedingt, sondern haben in erster Linie strukturelle Ursachen. Seit 1992 sind die öffentlichen Ausgaben wesentlich schneller gestiegen als in den Nachbarländern – Folge einer permanenten Überforderung des Staates. Auch der gegenwärtige Präsident hat lange Zeit eine expansive Haushaltspolitik bevorzugt und erst seit dem Sommer 2011, angesichts einer drohenden Herabstufung der Kreditwürdigkeit des Landes durch die Ratingagenturen, einen Kurswechsel vollzogen. Zwei Sparpläne, die im Sommer/Herbst 2011 beschlossen wurden, sollen in diesem Jahr Haushaltsentlastungen von 18 Milliarden und ab 2016, wenn die Maßnahmen voll greifen, von 29 Milliarden Euro bringen.¹⁰ Allerdings ist der Konsolidierungsbedarf nach Expertenschätzungen deutlich höher: Er wird auf ca. 100 Milliarden für die nächsten 5 Jahre geschätzt.¹¹

Sowohl Nicolas Sarkozy als auch François Hollande haben sich deshalb die Rückführung der öffentlichen Verschuldung auf ihre Fahnen geschrieben – ein Novum in einem Präsidentschaftswahlkampf. Beide sind jedoch wenig überzeugend, weil sie die Konsolidierungsaufgabe eher halbherzig angehen und vor echten Ausgabenkürzungen zurückscheuen. So urteilt Le Monde zu Recht: „Wenn es um die Alternative ‚Erhöhung der Steuerlast oder Verminderung der öffentlichen Ausgaben‘ geht, bevorzugen die Linke und die Rechte spontan die erste Lösung.“¹² Frankreichs Abgabenquote (Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt) ist aber mit 42,9 % (Deutschland: 36,3 %) ohnehin bereits die

¹³ Patrick Artus: „La dynamique économique de la France et de l'Allemagne révèle bien les effets à attendre des politiques de la demande et de l'offre“, Natixis Flash Economie Nr. 642, 1.9.2011, S. 1.

höchste in Europa. Wer auch immer Präsident sein wird: Weder neue Einnahmen noch ein stärkeres Wachstum werden ausreichen, um die strukturelle Verschuldung in den Griff zu bekommen. Frankreich wird um eine Reduzierung seiner öffentlichen Ausgaben nicht umhin kommen.

Grenzen des Wachstumsmodells: Dieses beruht auf dem starken Gewicht des Staates (mit 56,6 % ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BIP der höchste in ganz Europa, und etwa jeder vierte Arbeitnehmer ist im öffentlichen bzw. staatsnahen Sektor beschäftigt) und auf einer – staatlich alimentierten und kreditfinanzierten – Dynamik der Binnennachfrage als hauptsächlichem Wachstumsmotor. Seit Mitte der 1990er Jahre hat Frankreich im Gegensatz zur stärker angebotsorientierten Politik in Deutschland „vor allem eine Politik der Nachfragestützung in Gang gesetzt: Verschiebung der Einkommensverteilung zu Gunsten

der abhängig Beschäftigten, strukturelles öffentliches Defizit, weitere Verschuldung des Privatsektors.“¹³ Das hat zwar kurzfristig zu Wachstum geführt, auf längere Sicht aber das Wachstumspotenzial belastet: Während der Schuldenstand in die Höhe getrieben wurde, stiegen die Arbeitskosten, verschlechterten sich die Gewinnsituation und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Frankreichs außenwirtschaftliche Probleme (schwindende Marktanteile im Außenhandel sowohl auf europäischer als auch auf weltweiter Ebene; anhaltendes Außenhandelsdefizit) haben sich verschärft. Heute sind sich die meisten Experten einig, dass Frankreich kein Nachfrageproblem hat, sondern dass eine konsequentere Angebotspolitik gefragt ist.

Im Wahlkampf greift vor allem Nicolas Sarkozy diese Thematik auf. Er kann in diesem Kontext auf eine Reihe einschlägiger Reformen und Initiativen (Sozialstaatsreform, For-

Wirtschafts- und Sozialpolitik: Ausgewählte Forderungen Sarkozys und Hollandes

Maßnahmen von Nicolas Sarkozy während seiner Amtszeit

- Flexibilisierung der 35-Stunden-Woche (2007)
- Universitätsreform (2007)
- Mehr Wettbewerb durch Deregulierung: Gesetz zur Modernisierung der Wirtschaft (2008)
- Stärkung der Unternehmensforschung: Ausweitung des Crédit impôt recherche (2008)
- Abschaffung der Gewerbesteuer (2009)
- Strategischer Investitionsfonds: Fond stratégique d'investissements (2009)
- Nationale Anleihe (Emprunt National) über 35 Mrd. € zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben (2009)
- Rentenreform (2010)
- Staats- und Verwaltungsreform: Révision générale des politiques publiques; Abbau von 150.000 Beamtenstellen (2007)

Vorschläge und Ankündigungen Nicolas Sarkozys

- Abbau der öffentlichen Defizite bis 2016
- Einführung einer Schuldenbremse (entsprechend dem europäischen Fiskalpakt)
- Anhebung der Mehrwertsteuer und der Sozialabgabe auf Kapitaleinkommen, Senkung der Arbeitgeber-Sozialabgaben für Familienleistungen („TVA sociale“)
- Schaffung eines speziellen Investitionsfonds für Mittelstandsunternehmen
- Stärkerer Zugang mittelständischer Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen
- „Bündnisse für Arbeit“ in den Unternehmen nach deutschem Vorbild
- Wohnungsbau: mehr Bauflächen

Vorschläge François Hollandes

- Abbau der öffentlichen Defizite bis 2017, aber Ablehnung einer Schuldenbremse
- Steuerpolitik: höhere Einkommens- und Vermögenssteuer für Spitzenverdiener, Begrenzung von Steuernischen; Fusion der Einkommensteuer und der Sozialabgabe CSG
- Schaffung einer öffentlichen Investitionsbank („Industriebank“) insbesondere für mittelständische Unternehmen, Zukunftsbranchen und zur Finanzierung der Energiewende
- Mobilisierung von Sparkapital für industrielle Entwicklung (livret d'épargne industrielle)
- Öffnung der öffentlichen Aufträge für mittelständische Unternehmen
- Modulierung der Unternehmenssteuern nach Unternehmensgrößen
- 60.000 neue Stellen im Bildungswesen bis 2017
- Beschäftigungspolitik: „Generationenvertrag“ zugunsten älterer und junger Arbeitnehmer; 150.000 „Zukunfts-Arbeitsplätze“ für jugendliche Berufsanfänger vor allem in benachteiligten Wohnvierteln
- Teilweise Rücknahme der Rentenreform (Rente mit 60 bei vollen Beitragsjahren)
- Wohnungsbau: mehr Bauflächen; höhere verpflichtende Quoten für kommunalen sozialen Wohnungsbau

¹⁴ Zahlreiche Veröffentlichungen widmen sich der Entindustrialisierung, etwa Patrick Artus/Marie-Paule Virard: *La France sans ses usines*, Paris: Fayard 2012. Vgl. auch Jean-François Dehecq: *Etats généraux de l'industrie – Bilan de la concertation – Rapport final*, Ministère de l'Economie, de l'Industrie et de l'Emploi, Paris 2010.

¹⁵ Vgl. Fußnote 2.

schungs- und Innovationsförderung) verweisen. Seine Entscheidung, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und dafür Arbeitgeber-Sozialabgaben zu senken, soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken. Viele Kandidaten stellen darüber hinaus Maßnahmen zugunsten der mittelständischen Unternehmen in Aussicht. Auch Hollande, der ansonsten eher nachfrage- und verteilungspolitische Schwerpunkte setzt, hat angebotspolitische Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes und der Industrie vorgeschlagen.

Zukunft der Industrie: Zwar ist der relative Bedeutungsrückgang der Industrie ein allgemeines Phänomen aller fortgeschrittenen Ökonomien, aber Frankreich ist davon stärker betroffen als seine Nachbarn. Allein im vergangenen Jahrzehnt sind mehr als 500.000, nach manchen Schätzungen sogar 700.000 industrielle Arbeitsplätze verloren gegangen. Mit einem Anteil der Industrie von nur noch 16 % an der nationalen Wertschöpfung ist Frankreich das Schlusslicht in Europa (Deutschland: 30 %).¹⁴ Dafür ist ein ganzes Bündel von Ursachen verantwortlich:

- Eine hohe Abgabenbelastung der Unternehmen, die doppelt so hoch ist wie in Deutschland und damit in der europäischen Spitzengruppe liegt;
- Das Fehlen eines leistungs- und exportstarken selbständigen Mittelstands – Ergebnis einer jahrzehntelangen, einseitig auf die Großunternehmen konzentrierten Industriepolitik;
- Defizite in der Innovationsfähigkeit: Seit Ende der 1990er Jahre stagniert der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an der Wirtschaftsleistung und erreichte 2009 2,21 %, während er sich in Deutschland im gleichen Zeitraum von 2,19 % (1996) auf 2,78 % gesteigert hat;
- Die weiterhin dominanten zentralistischen Strukturen sowie der nach wie vor dominierende top-down Ansatz in der Wirtschaftspolitik, die den dezentralen Akteuren und Netzwerken nur unzureichende Entfaltungsmöglichkeiten geben und die Entstehung einer eigenständigen regionalen Dynamik hemmen.

Im Wahlkampf erfahren diese als „Niedergang der französischen Industrie“ empfundenen Probleme eine hohe Aufmerksamkeit. Der Ruf nach Rettungsaktionen für derzeit bedrohte Unternehmen sowie generell nach einer aktiveren Industriepolitik ist bei vielen Kandidaten vernehmbar. Hier hat Nicolas Sarkozy in seiner Amtszeit einige Akzente gesetzt und steht für einen stärker angebotsorientierten Ansatz als sein Konkurrent Hollande (vgl. Kasten S. 9).

Europapolitik

Trotz der Dominanz europäischer Themen auf der politischen Agenda der letzten Monate scheint die Europapolitik im französischen Wahlkampf seltsam abwesend. Dieser Befund erklärt sich aus taktischen Überlegungen der Kandidaten. Den beiden aussichtsreichsten Bewerbern ist bewusst, dass bei einer kontroversen Auseinandersetzung über die Europapolitik die Risiken für sie den möglichen Nutzen übersteigen. Die unrealistischen extremen Positionen (Euro-Austritt, Protektionismus) könnten durchaus auch bei potenziellen Wählern François Hollandes oder Nicolas Sarkozys verfangen. Während im linken Lager und vor allem in der Sozialistischen Partei die traumatischen internen Auseinandersetzungen während der Referendumskampagne zur Abstimmung über den EU-Verfassungsvertrag von 2005 die Zurückhaltung bei Europathemen erklären, ist sich der amtierende Präsident bewusst, dass seine Position der möglichst engen Anlehnung an Deutschland Stimmen am rechten Rand kosten kann. Dort und in den materiell und sozial unterprivilegierten Schichten verfängt die radikale Alternative Marine Le Pens, den Euroausstieg im Namen der „Souveränität Frankreichs“ zu fordern, am ehesten – und es sind zugleich diese Wählerschichten, die 2007 zum Erfolg Sarkozys beigetragen hatten und auf deren Unterstützung er auch 2012 angewiesen sein wird.¹⁵ Und wenn Sarkozy auf der wirtschafts- und fiskalpolitischen Seite mittlerweile die Linie der deutschen Bundeskanzlerin (zumindest nach außen) völlig teilt, hat Angela Merkel sich bei der Weiterentwicklung der institutionellen Ordnung der EU ihrerseits auf Sarkozys Präferenzen für intergouvernementale Institutionen eingelassen. Die damit künftig zu erwartenden Verhandlungsergebnisse zwischen Regierungen in EU-Fragen werden deshalb Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner sein (keine Regierung wird freiwillig mehr als unbedingt nötig von ihrer präferierten Position abweichen). Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten werden also stark eingeschränkt sein, was kaum eine populäre und erfolgreiche Europapolitik erwarten lässt.

Außer einigen Hinweisen, das EU-Budget erhöhen zu wollen (z.B. durch die Einnahmen aus der geforderten europäischen Finanz-Transaktionssteuer oder einer europäischen Ökosteuer als Instrument der

¹⁶ Marie Herbet: „L'Europe, l'aléa de François Hollande“, www.euractiv.fr (22.02.2012).

¹⁷ Eric le Boucher: „Europe, la faille de François Hollande“, www.slate.fr (22.02.2012).

¹⁸ Vgl. Nathalie Dubois: „Traité européen: la renégociation très optimiste de François Hollande“, *Libération* (21.12.2011), S. 5.

¹⁹ Marie Herbet (vgl. Fußnote 16), S. 7.

²⁰ Isabelle Ficek: „Si j'étais président...: ce que feraient les candidats à l'Elysée“, in: *Les Echos* (26.10.2011) S. 4.

²¹ Ebd.

²² Ebd.

Außenhandelspolitik¹⁶) macht auch die Sozialistische Partei kaum Anstalten, sich auf ihre föderalistische Tradition unter François Mitterrand zu besinnen. Stattdessen teilt sie mit Präsident Sarkozy die Präferenz für intergouvernementale, autonomie- und souveränitätsschonende institutionelle Verfahren (um den Preis eingeschränkter politischer Gestaltungsmöglichkeiten auf der europäischen Ebene). Dies führt zu einer unnatürlichen Koalition – zwischen den Kandidaten, die potentiell Regierungsverantwortung übernehmen können (und deshalb das Europa-Thema nur am Rande behandeln möchten) auf der einen Seite, und den Außenseiterkandidaten mit ihren extremeren Positionen auf der anderen.

Zumindest der Wahlkampf im Vorfeld der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen verlangt jedoch von den etablierten Kandidaten, dass sie auch Wähler mit extremistischeren Positionen für sich gewinnen. So vertritt auch der amtierende Präsident (wie alle Kandidaten außer Le Pen) eine Finanz-Transaktionssteuer; so versucht vor allem François Hollande einen Spagat zwischen der Vermittlung von Beständigkeit und Verantwortungsbewusstsein (gegenüber den europäischen Partnern) und dem Setzen eigener Akzente, die an die traditionellen Positionen der linken Parteien angelehnt sind.

Dieser Spagat führte dazu, dass sich die linken Abgeordneten bei der Ratifizierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus¹⁷ (ESM) in der Nationalversammlung am 21. Februar 2012 taktisch enthielten (oder tatsächlich dagegen stimmten). Eigentlich ist dies eine paradoxe Situation, stellt doch der ESM zum ersten Mal Instrumente zur Verfügung, die den von den Sozialisten geforderten Eurobonds (gemeinsamen europäischen Anleihen) nahe kommen. Während die Haltung des PS und seines Kandidaten hier also kaum zu überzeugen vermag,¹⁷ ist die Kritik am geplanten „europäischen Fiskalpakt“ und der von ihm zu etablierenden „Europäischen Fiskalunion“ überzeugender: Der neue Vertrag wurde erst auf dem EU-Gipfel am 1. und 2. März unterzeichnet, was seine Ratifikation auf die Zeit nach den Parlamentswahlen (in den Herbst also) verschiebt. Im Falle eines Wahlsiegs bekäme das linke Lager damit eine Mitsprachemöglichkeit in letzter Minute, und der Kandidat der Linken hat mehrfach angekündigt, den Fiskalpakt im Falle eines Wahlsieges nachverhandeln zu wollen. Allerdings ist es in der Geschichte der europäischen Integration noch keiner neu gewählten Regierung gelungen, einen

bereits gefundenen Kompromiss zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU nochmals aufzuschnüren – auch François Hollande scheint also gut beraten, hier nicht durch unbedachte Äußerungen Zweifel an seiner Regierungsfähigkeit zu wecken.¹⁸ Stattdessen steht nun seine Forderung im Raum, den Fiskalpakt durch eine Vereinbarung über Wachstumsimpulse und Investitionsförderung durch die EU zu ergänzen.¹⁹ Extremere Positionen, wie die traditionelle Forderung der französischen Linken nach einer politischen Kontrolle der Europäischen Zentralbank, die mit den europäischen Partnern nicht verhandelbar wären, überlässt Hollande jedoch den Außenseiterkandidaten.

Von diesen entstammt François Bayrou dem traditionell europafreundlichen Zentrum. Aber auch seine Vorschläge zur Europapolitik zeichnen sich in erster Linie durch eine Kritik des deutschen Festhaltens an rigoroser Austeritätspolitik aus – obwohl er dabei vorgibt, das Interesse „ganz Europas“ im Kopf zu haben, so hält auch er sich mit Forderungen nach einer stärker vergemeinschafteten, föderalen Ordnung der EU zurück.²⁰ Obwohl dies eigentlich ein Markenkern seiner Partei ist, überlässt er diesbezügliche Argumente völlig der Grünen Eva Joly, die sich als einzige offen zu einem stärker föderalen Europa bekennt.²¹ Wenn man die im Laufe des Wahlkampfs zunehmende Marginalisierung der grünen Kandidatin und ihrer Positionen betrachtet, kann man gut verstehen, weshalb Bayrou aus taktischen Erwägungen auf diesbezügliche Forderungen verzichtet.

Umgekehrt versuchen die beiden Kandidaten am linken und rechten Rand, Jean-Luc Mélenchon und Marine Le Pen, die im Verfassungsreferendum deutlich gewordene Spaltung der französischen Wählerschaft erneut zu beleben.²² Beide träumen davon, ihre erfolgreiche Nein-Kampagne, die ihnen monatelang hohe mediale Aufmerksamkeit und Zustimmung der Öffentlichkeit garantierte, wiederzubeleben. Dabei ist Marine Le Pen nochmals radikaler als Mélenchon. Sie fordert nicht nur ein auf „ethnischen“ Grundlagen beruhendes Europa, sondern spricht auch dem Austritt Frankreichs aus dem Euro das Wort. Mélenchon dagegen fordert, wie die linken Parteien 2005, ein „anderes Europa“, in dem vor allem eine politische Kontrolle der Zentralbank, Gemeinschaftsanleihen zur Finanzierung öffentlicher Schulden und ein europäischer Protektionismus verwirklicht sowie soziale Mindeststandards eingeführt werden. Durch

²³ Vgl. Cour des Comptes: Les coûts de la filière électronucléaire. Rapport publique thématique, Januar 2012.

seine (im Vergleich zu Le Pen) nuanciertere Position könnte er Wähler gewinnen, die von offensichtlich unrealistischen Forderungen abgeschreckt werden, die aber gleichzeitig mit dem derzeitigen Zustand der europäischen Einigung unzufrieden sind und vor allem deren soziale Schieflage bedauern. Dabei handelt es sich durchaus um jene sozial und materiell unterprivilegierten Klassen, die oben bereits als für den Wahlsieg besonders wichtiges Wählerreservoir eingeführt wurden. Da auch Sarkozy und Hollande diese Wähler früher oder später für einen Wahlsieg benötigen werden, sie aber gleichzeitig um die Schwierigkeit wissen, derartige Forderungen europaweit durchzusetzen, wird sich die eigentümlich blockierte Situation im Hinblick auf französische Europapolitik vor dem Herbst kaum auflösen. Unabhängig vom Wahlausgang steht fest: Frankreich wird bei den anstehenden Reformen der Europäischen Währungsunion weiterhin eigene (auf Wachstum und Beschäftigung sowie vermehrte politische Steuerung beharrende) Akzente setzen.

Energiepolitik

Frankreich deckt derzeit nach wie vor rund 75 % seines Strombedarfs aus Atomenergie. Aufgrund der vergleichsweise niedrigen Produktionskosten liegt der Strompreis im Nachbarland deutlich unter dem in Deutschland, womit in Teilen auch die hohe Akzeptanz der Atomkraft in der französischen Bevölkerung erklärt werden kann. Darüber hinaus gilt die Atomtechnologie dank erheblicher staatlicher Investitionen seit den 70er Jahren als wichtiger Pfeiler der französischen Industrie, der eine Vielzahl von Arbeitsplätzen sichert und gerade mit Blick auf den Klimaschutz gute Exportchancen eröffnet.

Dieser Konsens hat jedoch nicht erst seit der Katastrophe von Fukushima erste Risse bekommen. Zum einen regt sich auch unter den Bürgern zunehmend Widerstand gegen die Atomkraft aufgrund der offenbar gewordenen Risiken. Zum anderen geraten jedoch auch die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte ins Blickfeld: Frankreichs Kraftwerkspark ist teilweise veraltet.

In diesem Kontext ließ ein unlängst veröffentlichter Bericht des französischen Rechnungshofs aufhorchen, der mit Blick auf die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu dem Ergebnis kam, dass derzeit aufgrund fehlender staatlicher Investitionsmöglich-

keiten weder ein Ausstieg aus der Atomkraft zugunsten alternativer Energien noch der verstärkte Neubau von Kraftwerken möglich ist.²³ Als logische Konsequenz empfahl der Bericht die Verlängerung der AKW-Laufzeiten, für die Nicolas Sarkozy auch umgehend die gesetzlichen Weichenstellungen vornahm. Dennoch kommt Frankreich nicht um Investitionen in den bestehenden Kraftwerkspark umhin, die teilweise von den Verbrauchern bezahlt werden müssen, da der Strompreis in den nächsten Jahren unweigerlich ansteigen wird. Gerade für die wachsende Anzahl von Geringverdienern wirkt sich dies besonders aus.

Die mehrwöchige Kältewelle im Februar dieses Jahres hat zudem vor Augen geführt, wie anfällig Frankreichs Energieversorgung ist. Da viele Haushalte aufgrund des billigen Stroms mit wenig effizienten Elektro-Radiatoren heizen, musste das Land bei Temperaturen deutlich unter null Grad zwischenzeitlich Strom aus dem Ausland zukaufen. Darüber hinaus war die Bevölkerung angehalten, Energie zu sparen.

Trotz dieser Risiken erregte das Thema Energiesicherheit im Wahlkampf bislang nur wenig Aufmerksamkeit. François Hollande kündigte an, den Anteil der Atomkraft bis 2025 von 75 % auf 50 % zu senken und das älteste AKW Frankreichs im elsässischen Fessenheim (direkt an der deutschen Grenze) zu schließen. Doch eine Diskussion darüber, wie sich der Energiebedarf alternativ decken lässt und wie die erforderlichen Investitionen finanziert werden können, steht noch aus.

Einwanderung

Das Thema Einwanderung droht seit jeher von den eher konservativen Kandidaten zu populistischen Zwecken aufgegriffen zu werden, um Wähler des rechten Spektrums an sich zu binden. Auch wenn die Zuwanderung im Laufe dieses Wahlkampfs anders als 2007 eine weniger große Rolle spielt, so versucht Nicolas Sarkozy dennoch, in diesem Bereich nicht dem Front National und Marine Le Pen das Feld zu überlassen. In den letzten Wochen vor der Entscheidung präsentiert er sich entsprechend als Befürworter einer Null-Einwanderungspolitik (zéro immigration) und verschärfter Aufenthaltsregeln, die dem französischen Volk zur Abstimmung vorgelegt werden sollen.

Weitgehend unbeachtet bleibt hingegen die anhaltend schlechte Situation französischer

²⁴ So setzte Sarkozy teilweise auf die dem republikanischen Gleichheitsgrundsatz widersprechende positive Diskriminierung, um Kinder von Migranten gezielt zu fördern.

Vorstädte, in denen viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Die Bilanz Sarkozys fällt hier trotz einzelner Maßnahmen²⁴ mager aus. Doch auch François Hollande trat im Wahlkampf anders als Ségolène Royal vor fünf Jahren allenfalls indirekt als Fürsprecher der Bewohner benachteiligter

Stadtviertel in Erscheinung, z.B. durch seine Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die in den betroffenen Quartieren traditionell besonders hoch ist. Immerhin haben beide Kandidaten Initiativen angekündigt, um die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern.

3. Mögliche Folgen für das deutsch-französische Verhältnis

Deutschland im französischen Wahlkampf

Ein weiteres und unerwartetes Thema bestimmt den Wahlkampf in Frankreich: das Verhältnis zum engsten politischen Partner Deutschland. Seit Monaten schon hatte die französische Regierung die eigenen politischen Entscheidungen und Vorhaben mit direktem Bezug auf das „deutsche Modell“ gerechtfertigt. Noch vor dem eigentlichen Wahlkampf rückte somit Deutschland ins Zentrum der politischen Debatten. Vor dem Hintergrund der Diskussion um Frankreichs Bonität an den Finanzmärkten bemühte sich die Regierung Sarkozy/Fillon, durch die Orientierung an der deutschen Stabilitätsphilosophie klare Signale in Richtung Haushaltskonsolidierung auszusenden. Der gemeinsame Auftritt von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel im deutschen und französischen Fernsehen ist in diesem Kontext zu verstehen. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass die nationalen Debatten durch Auftritte anderer europäischer Regierungsvertreter erweitert werden, denn längst gibt es eine scharfe Abgrenzung nationaler Zuständigkeiten in der Europäischen Union nicht mehr. Zu Recht wird immer wieder betont, dass Europapolitik in den Mitgliedstaaten zur Innenpolitik geworden ist. Was in Frankreich passiert, hat unmittelbare Auswirkungen in Deutschland und umgekehrt.

Allerdings hat sich die französische Regierung derart massiv und kontinuierlich auf das deutsche Vorbild bezogen, dass es kam wie es kommen musste: Der politische Konkurrent bezog Position gegen Deutschland. Arnaud Montebourg, bekannt für pointierte Stellungnahmen in der Sozialistischen Partei, warf Angela Merkel nationalen Egoismus vor, das Phantom deutschen Hegemonialstrebens hielt Einzug in die französische Debatte. Man muss es François Hollande hoch

anrechnen, dass er die Eskalation in der „Deutschland-Frage“ nicht mitgemacht hat. Staatsmännisch wies er darauf hin, dass er natürlich im Fall seiner Wahl mit der deutschen Regierung professionell zusammenarbeiten werde, auch wenn er anders als der amtierende Staatschef der Stimme Frankreichs gegenüber Deutschland mehr Gehör verschaffen möchte. Auch seine Ankündigung, er werde den Fiskalpakt erneut zur Diskussion stellen und um einen Wachstumspakt ergänzen, muss als Positionierung gegenüber Deutschland verstanden werden. In den verbleibenden Wochen bis zur Entscheidung wird es aller Voraussicht nach zu deutscher Wahlkampfhilfe in beiden großen Lagern kommen, wobei weder Nicolas Sarkozy noch François Hollande Interesse an allzu starker Präsenz haben dürften: Sarkozy nicht, weil ihm der Schulterschluss mit Merkel bisher den Umfragen zufolge trotz der großen Beliebtheit Merkels wenig Vorteile gebracht hat, und Hollande nicht, weil ihn einige seiner Wahlkampfaussagen von den Positionen der SPD trennen und er die Wähler am linken Rand mit den deutschen sozialdemokratischen Traditionen kaum wird überzeugen können.

Deutsch-französische Kooperation nach der Wahl

Angesichts der weiterhin ernsten Schuldenkrise in der EU schauen alle an Politik interessierten Bürger auf die französischen Wahlen. Besonders Deutschland hängt in seinen eigenen Handlungsspielräumen von einem verlässlichen Partner Frankreich ab. Verständlicherweise wird daher die Frage gestellt, wie es 2012 weiter geht. Im Falle eines Wahlsiegs von Nicolas Sarkozy wird sich wenig ändern. Für den Fall eines Machtwechsels muss man damit rechnen, dass es für kurze Zeit zu Anpassungsschwierigkeiten kommen kann – aber eben nur für kurze Zeit. Denn allen Verantwort-

lichen, insbesondere François Hollande, ist völlig klar, dass es keine radikalen Kurswechsel geben kann und wird. An einer engen Abstimmung zwischen der jeweiligen deutschen und französischen Regierung führt kein Weg vorbei. Das war schon vor 30 Jahren bei der als Epochenwende empfundenen Wahl von François Mitterrand so, und das ist heute noch weitaus mehr der Fall. Ein Präsident François Hollande hat darüber hinaus im Unterschied zu früheren historischen Konstellationen keine Zeit und keinen Spielraum für Experimente. Wie bereits eingangs erwähnt geben die europäischen Partner und die globalen Marktverflechtungen den Rahmen vor, innerhalb dessen Politik möglich ist. Es gehört nicht allzu viel Phantasie dazu, sich – im Falle eines Machtwechsels – die ersten Schritte in der deutsch-französischen Kooperation auszumalen: Glückwunsch durch die deutsche Regierung, Besuch des französischen Staats-

präsidenten in Berlin, Ankündigung neuer europäischer Initiativen, vor allem eines Paktes für mehr Wachstum – und das alles begleitet von den nach allen Machtwechseln üblichen Reibungen und Lernprozessen. Spätestens nach den Parlamentswahlen im Juni werden die dann zuständigen neuen (oder alten) Mandatsträger die Kooperation mit deutschen Kollegen aufnehmen und nach Lösungen der anstehenden Probleme und Fragen suchen.

Die Bedeutung des Wahlausgangs für die deutsch-französische Kooperation soll damit nicht heruntergespielt werden. Aber die Erfahrung über die letzten Jahrzehnte zeigt eben auch, dass die Strukturen der Zusammenarbeit so fest verankert sind, dass sie, abgesehen von immer wieder zu beobachtenden kurzfristigen Ausbruchsversuchen, (etwa in Richtung Großbritannien) für große Stabilität sorgen.

Die wichtigsten Kandidaten

Nicolas Sarkozy, geboren am 28. Januar 1955 in Paris
Staatspräsident seit 2007

Werdegang:

Jurastudium, Absolvent des Institut d'études politiques (IEP)

Bisherige Ämter:

1983-2002: Bürgermeister von Neuilly-sur-Seine

1988-2002: Abgeordneter der Nationalversammlung

1993-1995: Haushaltsminister und Regierungssprecher

2002-2004: Innenminister

2004-2005: Staatsminister für Finanzen, Wirtschaft und Industrie

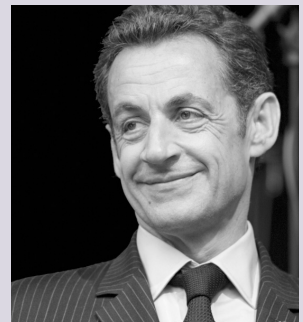
2004-2007: Vorsitzender der UMP

2005-2007: Innenminister

UMP – Union pour un mouvement populaire:

2002 von Jacques Chirac als Sammlungsbewegung konservativ-liberaler Parteien und Nachfolger des Rassemblement pour la République (RPR) gegründet

Orientierung: Mitte-rechts, Mitglieder: ca. 261.000 (Stand 2011)



Quelle: Aleph

François Hollande, geboren am 12. August 1954 in Rouen
Abgeordneter in der Nationalversammlung seit 1997
Präsident des Départements Corrèze seit 2008

Werdegang:

Absolvent der École des hautes études commerciales (HEC),
des Institut d'études politiques (IEP) und
der École nationale d'administration (ENA)

Bisherige Ämter:

1981-1983: Wirtschafts-Referent im Stab von François Mitterrand

1983-1984: Kabinettsleiter des Regierungssprechers

1988-1993: Abgeordneter in der Nationalversammlung

1995-1997: Parteisprecher des Parti Socialiste (PS)

1997-2008: Parteichef des PS

1999-2000: Abgeordneter im Europäischen Parlament

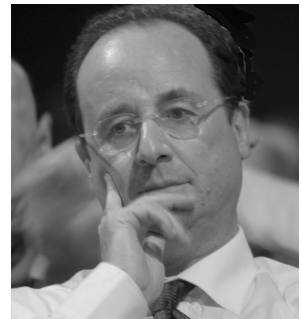
2001-2008: Bürgermeister von Tulle

PS – Parti Socialiste:

1969 gegründet, hervorgegangen aus der französischen Sektion der Arbeiter-Internationale von 1905

Orientierung: Mitte-links

Mitglieder: ca. 203.000 (Stand 2009)



Quelle: Guillaume Paumier

François Bayrou, geboren am 25. Mai 1951 in Bordères
Abgeordneter in der Nationalversammlung seit 2002
Vorsitzender des Mouvement Démocrate (MoDem) seit 2007

Werdegang:

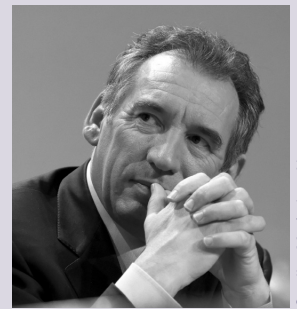
Studium der Altphilologie in Bordeaux, 1974-1979: Lehrer für
Französisch, Latein und Griechisch in Pau

Bisherige Ämter:

1984-1986: Berater des Präsidenten des Europäischen Parlaments
1986-1993, 1997-1999 und ab 2002: Parlamentsabgeordneter
1993-1997: Bildungsminister
1998-2007: Vorsitzender der UDF (Union pour la démocratie française)
1999-2002: Abgeordneter im Europäischen Parlament

MoDem – Mouvement Démocrate:

2007 gegründet von François Bayrou nach der Spaltung der UDF
Orientierung: zentristisch-liberal
Mitglieder: ca. 35.000 (Stand 2011)



Quelle: Marie-Lan Nguyen

Marine Le Pen, geboren am 5. August 1968 in Neuilly-sur-Seine
Abgeordnete im Europäischen Parlament seit 2004
Abgeordnete im Regionalrat von Nord-Pas-de-Calais seit 2010
Vorsitzende des Front National seit Januar 2011

Werdegang:

Jurastudium in Paris, 1992-1998 Rechtsanwältin

Bisherige Ämter:

1998-2004: Abgeordnete im Regionalrat Nord-Pas-de-Calais
2004-2009: Abgeordnete im Regionalrat Ile-de-France

FN – Front National:

1972 gegründet durch Jean-Marie Le Pen
Orientierung: rechtspopulistisch
Mitgliederanzahl: ca. 22.400 (Stand 2011)



Quelle: Front National und Offziroob

Jean-Luc Mélenchon, geboren am 19. August 1951 in Tanger (Marokko)
Abgeordneter im Europäischen Parlament seit 2009

Werdegang:

Philosophiestudium, Arbeit als Lehrer und Journalist
1977-2008 Mitglied des PS, 2009 Gründung des PG

Bisherige Ämter:

1986-2000 und 2004-2010: Senator des Départements Essonne
2000-2002: Minister für berufliche Bildung

PG – Parti de Gauche:

2008 gegründet von Jean-Luc Mélenchon (Vorbild: deutsche Linkspartei)

FG – Front de Gauche:

2009 gegründet als Sammlungsbewegung von Parteien links des PS, darunter der Parti de Gauche (PG) und der Parti communiste français (PCF)
Orientierung: linkspopulistisch
Mitglieder: PG: ca. 6.000 (Stand 2009), PCF: ca. 138.000 (Stand 2011)



Quelle: Place au peuple

Eva Joly, geboren am 5. Dezember 1943 in Oslo
Doppelte Staatsbürgerin: Französin und Norwegerin
Abgeordnete im Europäischen Parlament seit 2009

Werdegang:

Mit 20 Jahren als Au-Pair-Mädchen nach Paris gekommen
Jurastudium und Studium der Politikwissenschaft

Bisherige Ämter:

1981-1986 Staatsanwältin in Orléans und Evry
1993-2002: Oberste Untersuchungsrichterin im Palais de Justice
2005-2009: Beraterin der norwegischen Regierung
2009-2010: Beraterin der isländischen Regierung nach dem Staatsbankrott
EELV – Europe Écologie Les Verts:

2010 entstanden durch die Fusion von Europe Écologie und Les Verts
Orientierung: grün
Mitglieder: ca. 32.400 (Stand 2011)



Quelle: N4thaniel

Aktuelle Publikationen des dfi

Adolf Kimmel, Henrik Uterwedde (Hrsg.): Länderbericht Frankreich: Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage - Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2012, - ca. 420 Seiten (erscheint im April 2012)

Deutsch-Französisches Institut et al. (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2011, Themenschwerpunkt „Frankreich, eine Kulturnation? Die kulturelle Dimension des gesellschaftlichen Wandels“, Red.: Stefan Seidendorf - Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, - 258 Seiten (erscheint im April 2012)

Stefan Seidendorf (Hrsg.): Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten? Zur Übertragbarkeit von Aussöhnung und strukturierter Zusammenarbeit, Band 19, Denkart Europa, Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur - Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2012, - ca. 300 Seiten (erscheint ca. Mai 2012)

Heinz-Dieter Assmann, Frank Baasner, Jürgen Wertheimer (Hrsg.): Normen, Standards, Werte - was die Welt zusammenhält - Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2012, - 229 Seiten

Deutsch-Französisches Institut, Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Stadtentwicklung und Integration Jugendlicher in Deutschland und Frankreich - Ludwigsburg: Wüstenrot Stiftung, 2011, - 351 Seiten

dfi compact Nr. 10: Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche aus Deutschland, Belgien und Frankreich = Consultations franco-germano-belges avec des maires et des responsables communaux/Die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt in multiethnischen Stadtgesellschaften, 7. - 8. Oktober 2010, Berlin - Ludwigsburg: dfi, 2011, - 192,177 Seiten

Frank Baasner, Bérénice Manac'h, Alexandra von Schumann (Hrsg.): Points de vue - Sichtweisen: France - Allemagne, un regard comparé = Deutschland - Frankreich, ein vergleichender Blick, 2., aktualisierte Auflage - Rheinbreitbach: NDV = Paris: Ed. Doumic, 2010, - 269 Seiten

Frank Baasner (Hrsg.): Migration und Integration in Europa, Band 11, Denkart Europa, Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur - Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2010, - 350 Seiten

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Dominik Grillmayer

Layout: Waltraut Kruse

Herausgeber:
Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34, D - 71634 Ludwigsburg
Telefon +49 (0 71 41) 93 03 - 0
Telefax +49 (0 71 41) 93 03 - 50
Mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter oben genannter Adresse oder auf unserer Internet-Seite: <http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 25
Kim-Yvonne Köhler, Stefan Seidendorf, Nils Thieben: Neuer Kopf, alte Ideen? „Normalisierung“ des Front National unter Marine Le Pen, Juli 2011, - 15 S.

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 24
Astrid Kufer: Ende der Rente mit 60. Eine Analyse der französischen Rentenreform 2010, November 2010, - 15 S.

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 23
Frank Baasner: Reformpolitik unter Staatspräsident Sarkozy: Ein Angriff auf republikanische Grundwerte?, Juli 2009, - 15 S.